S 8 RA 1158/04

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Sachsen
Sozialgericht	Sozialgericht Dresden
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	8
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	Aus §§ 31, 84 a BVG ergibt sich eine besondere, abgesenkte Grundrente für das Beitrittsgebiet, die bei der Berechnung der Höhe des Dienstbeschädigungsausgleichs nach § 2 Abs. 1 DBAG zu beachten ist.
Normenkette	§ 1 DBAG § 2 DBAG § 31 BVG § 84a BVG

1. Instanz

Aktenzeichen	S 8 RA 1158/04
Datum	19.01.2005

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

I. Die Klage wird abgewiesen. II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten. III. Die Sprungrevision wird zugelassen.

Tatbestand:

Der Kläger begehrt von der Beklagten die Festsetzung eines höheren Wertes seines Dienstbeschädigungsausgleichs (DBA) ab 01. Januar 2000.

Nach einem Dienstunfall im Jahr 1983 bezog der Kläger in der DDR eine Dienstbeschädigungsteilrente bei einem Körperschaden von 30 vom Hundert.

Die Beklagte gewährte dem Kläger mit Bescheid vom 24. Juni 1997 ab 01. Januar 1997 einen DBA bei einem Grad des Körper- und Gesundheitsschadens von 30 vom Hundert. Die Höhe des DBA ermittelte die Beklagte durch Multiplikation der dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 vom Hundert entsprechenden Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) mit einem Umrechnungsfaktor im Beitrittsgebiet:

Grundrente nach dem BVG x Umrechnungsfaktor = DBA/ bei einem MdE von v. H.
im Beitrittsgebiet Monat 213,00 DM x 0,8228 = 175,00 DM

Die Beklagte passte die Höhe des DBA an die laufend steigende Grundrente nach dem BVG und die erhöhten Umrechnungsfaktoren an, zuletzt mit Bescheid vom 26. September 2003. Seit dem 01. Januar 2000 gewährte die Beklagte monatlich den DBA wie folgt:

Bescheid vom 08. November 1999 ab Grundrente BVG MdE von 30 v.

H. Umrechnungsfaktor DBA/Monat

08. November 1999 01. Juli 1999 220,00 DM 0,8671191,00 DM

18. Juli 2000 01. Juli 2000 221,00 DM 0,8676192,00 DM

18. Juli 2001 01. Juli 2001 225,00 DM 0,8706196,00 DM

29. Juli 2002 01. Juli 2002 117,00 Euro 0,8778103,00 Euro

26. September 2003 01. Juli 2003 118,00 Euro 0,8791104,00 Euro

Mit Schreiben vom 02. April 2004 (Eingang bei der Beklagten) bat der Kläger um Überprüfung der Berechnung seines DBA. Zur Begründung verwies er auf das Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 23. September 2003, B [4 RA 54/04](#) R.

Die Beklagte lehnte den Antrag mit Bescheid vom 25. Juni 2004 ab. Eine Rücknahme des Bescheides vom 24. Juni 1997 in der Fassung der Folgebescheide komme nicht in Betracht, da die Entscheidung des BSG vom 23. September 2003 einen Einzelfall darstelle, aus welchem keine allgemeinen Schlussfolgerungen gezogen werden könnten. Die bisherige Rechtsanwendung sei richtig.

Hiergegen legte der Kläger am 13. Juli 2004 (Eingang bei der Beklagten) Widerspruch ein. Die Entscheidung des BSG habe generelle Bedeutung. Im Hinblick auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 14. März 2000, Az. [1 BvR 284/96](#), [1 BvR 1659/96](#), sei der in den DBA-Bescheiden enthaltene "Umrechnungsfaktor im Beitrittsgebiet" seit 01. Januar 1999 verfassungswidrig.

Die Beklagte wies den Widerspruch des Klägers mit Widerspruchsbescheid vom 20. Juli 2004 aus den im Bescheid vom 25. Juni 2004 genannten Gründen zurück.

Mit der am 11. August 2004 (Eingang bei Gericht) erhobenen Klage verfolgt der Kläger sein Begehren unter Berufung auf die Rechtsprechung des BSG und das vorgenannte Urteil des BVerfG weiter.

Der Klager beantragt, den Bescheid der Beklagten vom 25. Juni 2004 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 20. Juli 2004 aufzuheben und die Beklagte zu verpflichten, den Bescheid vom 24. Juni 1997 sowie die nachfolgenden Änderungsbescheide für den Zeitraum ab 01. Januar 2000 zurückzunehmen und den Dienstbeschdigungsausgleich ab 01. Januar 2000 in der Weise neu zu berechnen, dass bei der Berechnung anstelle der Grundrente-Ost (gem. [ 84 a BVG](#)) die Grundrente-West (gem. [ 31 BVG](#)) zur Anwendung gelangt.

Die Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Zur Begründung führt sie aus, dass die Erwägungen des BVerfG, die die Entscheidung vom 14. März 2000 tragen, nicht für Ansprüche nach dem Dienstbeschdigungsausgleichsgesetz (DBAG) heranzuziehen seien. Im Gegensatz zu der Entschädigung der Kriegsoffer stehe bei den Leistungsempfängern nach dem DBAG der ideelle Gedanke der Leistung nicht im Vordergrund. Der DBAG werde als Ersatz für den Mehraufwand infolge der erlittenen Dienstbeschädigung gewährt. Außerdem entspreche die Altersstruktur der Leistungsempfänger nach dem DBAG nicht der der Berechtigten der Kriegsofferentschdigung. Der Gesetzgeber habe bei Änderung des [ 84 a BVG](#) a. F. seinen Willen bekundet, dass Berechtigte nach dem DBAG weiter eine geminderte Grundrente erhalten sollen. Dies ergebe sich bereits aus dem Wortlaut des  2 Abs. 1 DBAG, aber auch aus dessen Zweck und systematischer Stellung. Der Gesetzgeber habe für eine Übergangszeit aus fiskalischen Gründen eine Ungleichbehandlung der nach dem DBAG Berechtigten zu im Dienst Geschädigten in den alten Bundesländern angestrebt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der gerichtlichen Verfahrensakte mit den Schriftsätzen nebst Anlagen sowie den Inhalt der vom Gericht beigezogenen Verwaltungsakte der Beklagten verwiesen.

Entscheidungsgründe:

Die zulässige Klage ist unbegründet.

Der Bescheid vom 25. Juni 2004 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 20. Juli 2004 ist rechtmässig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten (vgl. [ 54 Abs. 2 Satz 1 SGG](#)).

Der Kläger hat keinen Anspruch gemäss [ 44](#) Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X) auf Rücknahme des Bescheides vom 24. Juni 1997 sowie der nachfolgenden Änderungsbescheide und Neuberechnung seines DBA ab 01. Januar 2000 unter Berücksichtigung der Grundrentenbeitrge-West nach dem BVG.

Nach [ 44 Abs. 1 SGB X](#) ist ein Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen, soweit sich im Einzelfall ergibt, dass bei seinem Erlass das Recht unrichtig angewandt worden ist, und soweit deshalb Sozialleistungen zu Unrecht nicht erbracht worden sind. Grundvoraussetzung für die Rücknahme eines bestandskräftigen Bescheides

nach [Â§ 44 Abs. 1 SGB X](#) ist, dass dieser Bescheid ursprÃ¼nglich, d. h. bereits bei seinem Erlass rechtswidrig war.

Die Voraussetzungen fÃ¼r die RÃ¼cknahme der Bescheide ab 01. Januar 2000 sind nicht erfÃ¼llt. Die Bescheide entsprachen bei ihrem Erlass der Rechtslage und waren damit ursprÃ¼nglich rechtmÃ¤Ãig. Der KlÃ¤ger hat dem Grunde nach einen Anspruch auf DBA. Die HÃ¶he des DBA hat die Beklagte zutreffend unter Anwendung der Umrechnungsfaktoren entsprechend der Grundrente-Ost gemÃ¤Ã [Â§ 84 a BVG](#) berechnet.

GemÃ¤Ã [Â§ 2 Abs. 1 Satz 1 DBAG](#) wird der DBA bei einem KÃ¶rper- oder Gesundheitsschaden, der nach den Regelungen der Sonderversorgungssysteme zu einem Anspruch auf eine DienstbeschÃ¤digungsrente gefÃ¼hrt hat oder fÃ¼hren wÃ¼rde, in HÃ¶he der fÃ¼r das Beitrittsgebiet geltenden Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz geleistet. Dabei gilt der Grad des KÃ¶rper- oder Gesundheitsschadens als Grad der Minderung der ErwerbsfÃ¤higkeit ([Â§ 2 Abs. 1 Satz 2, 1. Halbsatz DBAG](#)).

Die HÃ¶he der fÃ¼r das Beitrittsgebiet geltenden Grundrente nach dem BVG ergibt sich aus [Â§ 31, 84 a BVG](#). GemÃ¤Ã [Â§ 31 BVG](#) erhalten die Berechtigten eine monatliche Grundrente, deren HÃ¶he sich in AbhÃ¤ngigkeit der Minderung der ErwerbsfÃ¤higkeit ergibt. Berechtigte, die am 18. Mai 1990 ihren Wohnsitz oder gewÃ¶hnlichen Aufenthalt in dem in [Artikel 3](#) des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Beitrittsgebiet) hatten, erhalten gemÃ¤Ã [Â§ 84 a BVG](#) vom Zeitpunkt der Verlegung des Wohnsitzes, frÃ¼hestens vom 01. Januar 1991 an, Versorgung nach dem BVG mit den fÃ¼r dieses Gebiet nach dem Einigungsvertrag geltenden MaÃgaben.

1. Aus [Â§ 31, 84 a BVG](#) ergibt sich eine besondere, abgesenkte Grundrente fÃ¼r das Beitrittsgebiet (Grundrente-Ost), die im Rahmen der Berechnung nach [Â§ 2 Abs. 1 DBAG](#) zu beachten ist.

a. Nach dem Wortlaut des [Â§ 2 Abs. 1 Satz 1 DBAG](#) ("in HÃ¶he der fÃ¼r das Beitrittsgebiet geltenden Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz") wird ausdrÃ¼cklich auf die fÃ¼r das Beitrittsgebiet geltende Grundrente verwiesen. [Â§ 2 Abs. 1 Satz 1 DBAG](#) enthÃ¤lt eine dynamische Rechtsfolgenverweisung (BSG, Urteil vom 23. September 2003, [B 4 RA 54/02 R](#)). Die Bestimmung verweist nicht ausschlieÃlich auf den Wert der Grundrente nach [Â§ 31 BVG](#), der fÃ¼r Kriegssopfer im Sinne des [Â§ 1 BVG](#) gilt (so aber BSG, a. a. O.). In diesem Fall hÃ¤tten [Â§ 2 Abs. 1 Satz 1 DBAG](#) so gefasst werden mÃ¼ssen, dass auf die "HÃ¶he der fÃ¼r die Berechtigten im Sinne des [Â§ 1 BVG](#) geltenden Grundrente nach dem BVG" verwiesen wird (so auch SG Berlin, Urteil vom 19. Oktober 2004, [S 7 RA 4235/04](#)). Die ErwÃ¤hnung des Beitrittsgebiets wÃ¤re in diesem Fall redundant, da fÃ¼r die Berechtigten im Sinne des [Â§ 1 BVG](#) eine einheitliche Grundrente gilt.

b. Die Auslegung, dass [Â§ 2 Abs. 1 Satz 1 DBAG](#) ausschlieÃlich auf [Â§ 31 BVG](#) verweist, entspricht nicht dem Willen des Gesetzgebers. In der GesetzesbegrÃ¼ndung ist zu lesen, dass "die Regelung in ([Â§ 2 Abs. 1](#)) Satz 1

(DBAG) (§ 1) die Höhe des Dienstbeschädigungsausgleichs durch eine Verweisung auf die jeweilige Höhe der in den neuen Bundesländern geltenden Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz fest(zetzt)" ([Bundestagsdrucksache 13/4587, S. 12](#)). Daraus wird deutlich, dass der Gesetzgeber mit dieser Regelung eine Differenzierung zwischen dem Beitrittsgebiet und den alten Bundesländern bezweckt hat.

Im Anschluss an das Urteil des BVerfG vom 14. März 2000 hat der Gesetzgeber den Anwendungsbereich des [§ 84 a BVG](#) verengt und bewusst an ihr für alle nicht in [§ 84 a Satz 3 BVG](#) ausdrücklich aufgeführten Personenkreise festgehalten. Nach [§ 84 a Satz 3 BVG](#) sind nur Kriegsopfer nach [§ 1 BVG](#), Berechtigte nach dem Häftlingshilfegesetz, dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz und nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz vom Anwendungsbereich der Sätze 1 und 2 ausgeschlossen. Da der Kläger nicht unter diesen Personenkreis fällt, ist [§ 84 a Satz 1 BVG](#) weiter auf seinen Fall anwendbar.

c. Für diese Lösung sprechen auch systematische Argumente. Ein Ausschluss der Berechtigten nach dem DBAG vom Anwendungsbereich des [§ 84 a BVG](#) wäre nicht im DBAG, sondern in [§ 84 a BVG](#) selbst zu erwarten gewesen. In [§ 84 a Satz 3 BVG](#) hat der Gesetzgeber bereits ausdrücklich geregelt, auf welchen Personenkreis die Sätze 1 und 2 nicht anzuwenden sind. Die Berechtigten nach dem DBAG wurden nicht in diese Regelung aufgenommen. Im Umkehrschluss folgt daraus, dass [§ 2 Abs. 1 Satz 1 DBAG](#) auch auf [§ 84 a BVG](#) verweist (so auch LSG Brandenburg, Urteil vom 13. Juni 2002, [L 1 RA 153/00](#)).

2. Die aus der Anwendung der [§§ 31](#) und [84 a BVG](#) resultierende Ungleichbehandlung ist nicht verfassungswidrig.

a. Dieser Auffassung steht auch nicht das Urteil des BVerfG vom 14. März 2000, [1 BvR 284/96](#), [1 BvR 1659/96](#), entgegen. In dieser Entscheidung hat das BVerfG es für unvereinbar mit dem Gleichheitsgebot des [Artikel 3 Abs. 1 GG](#) erklärt, dass die den Kriegsoffizieren nach [§ 31 Abs. 1 Satz 1 BVG](#) gewährte Beschäftigungsentgelt in den alten und neuen Ländern über den 31. Dezember 1998 hinaus bei gleicher Beschäftigung ungleich hoch ist. Das BVerfG hat [§ 84 a BVG](#) a. F. daher seit dem 01. Januar 1999 für nichtig erklärt. Der Gesetzgeber hat daraufhin [§ 84 a BVG](#) geändert und den in Satz 3 genannten Personenkreis vom Anwendungsbereich des [§ 84 a Satz 1 und 2 BVG](#) ausgeschlossen.

Das Urteil des BVerfG ist auf den hier vorliegenden Fall weder direkt noch entsprechend anwendbar. In diesem Urteil hat das BVerfG lediglich die unterschiedliche Berechnung der Grundrente für Kriegsbeschädigte in den alten und neuen Bundesländern verfassungsrechtlich bewertet. Auf Bezieher eines DBA ist dieses Urteil nicht anwendbar, weil die Sachverhalte nicht vergleichbar sind (so auch LSG Brandenburg, a. a. O.).

Das BVerfG hat seine Entscheidung maßgeblich auf die Erzeugung gestützt,

dass der Grundrente für Kriegsbeschädigte eine besondere immaterielle Komponente im Sinne einer Genugtuungsfunktion inne wohnt. Darüber hinaus hat das BVerfG die festgestellte Verletzung des [Art. 3 Abs. 1 GG](#) wesentlich damit begründet, dass eine Beendigung der durch [§ 84 a BVG](#) bewirkten Ungleichbehandlung für die betroffenen Kriegsoffer mit Rücksicht auf ihr Lebensalter nicht mehr in Sicht ist (BVerfG a. a. O., Rn. 60 ff.). Dem DBA kommt keine besondere immaterielle Komponente im Sinne einer Genugtuungsfunktion zu. Der DBA wurde eingeführt, weil die sich dadurch ergebende Härte, dass Dienstbeschädigungsteilrenten neben Altersrenten und Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nicht geleistet werden konnten, beseitigt werden sollte. Vergleichbare Personengruppen in den alten Bundesländern bzw. in den neuen Bundesländern mit einer Dienstbeschädigung ab dem 01. Januar 1992 erhielten unabhängig und ohne Anrechnung auf Lohnersatzleistungen einen Ersatz von Mehraufwendungen, einschließlich sonstiger immaterieller Einbußen und Unannehmlichkeiten infolge des erlittenen Körper- und Gesundheitsschadens. Der DBA sollte an die Stelle der Dienstbeschädigungsteilrenten treten und Anknüpfungspunkt für einen Ersatz von Mehraufwand und immateriellem Schaden infolge der Körperverletzung sein, ohne Einkommenscharakter zu haben ([BT-Drucksache 13/4587, S. 12](#)). Es ist nicht ersichtlich, dass der DBA einen Schmerzensgeldgehalt im Sinne einer über den Ausgleich des Integritätsverlustes hinausgehenden Genugtuungsfunktion aufweist. Bereits insoweit unterscheidet sich der Fall des Klägers von dem Sachverhalt, der dem Urteil des BVerfG zugrunde lag. Schließlich besteht keine Vergleichbarkeit der Sachverhalte im Hinblick auf das durchgängig sehr hohe Alter der Kriegsbeschädigten. Die Berechtigten nach dem DBAG sind (bei einer Gesamtschau betrachtet) deutlich jünger als die Berechtigten nach dem BVG (SG Berlin, Urteil vom 19. Oktober 2004, [S 7 RA 4235/04](#)).

Die Besonderheiten des vom BVerfG zu entscheidenden Falles, der durch die Genugtuungsfunktion der Beschädigten Grundrente und durch das hohe Lebensalter der Kriegsoffer als Berechtigte gekennzeichnet ist, unterscheidet diesen von anderen staatlichen Leistungen mit immateriellem Gehalt (BVerfG a. a. O., Rn. 62).

b. Die Kammer kann schließlich keine gegen [Art. 3 Abs. 1 GG](#) verstößende unverhältnismäßige Benachteiligung der Berechtigten nach dem DBAG durch die Anwendung der niedrigeren Grundrentenbeträge Ost feststellen. Eine Ungleichbehandlung gegenüber Soldaten, die im Beitrittsgebiet eine Dienstbeschädigung erlitten haben und nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) entschädigt werden, liegt nicht vor, weil für Soldaten der ehemaligen NVA, die ihren Standort im Beitrittsgebiet haben und nach dem 02. Oktober 1990 eine Wehrdienstbeschädigung erlitten haben, sowie Soldaten, deren Wehrdienst nach dem 02. Oktober 1990 im Beitrittsgebiet begründet wurde, zwar eine Versorgung in Höhe der Grundrente nach dem BVG, jedoch ebenfalls mit den entsprechenden Maßgaben des Einigungsvertrages zu gewährleisten ist (vgl. hierzu ausführlich LSG Brandenburg, a. a. O.).

Der Kläger wird im Vergleich zu Soldaten, die in den alten Bundesländern eine

Wehrdienstbeschädigung erlitten haben, ungleich behandelt. Diese Ungleichbehandlung begründet jedoch keinen Verstoß gegen [Artikel 3 GG](#), da sie gerechtfertigt ist. Der Gesetzgeber war nicht verpflichtet, bestimmte Geldleistungen den Berechtigten im Beitrittsgebiet in selber Höhe wie den Berechtigten in den alten Bundesländern zu gewähren. Bei der Bemessung der Geldleistungen hatte er einen weiten Spielraum, weil im Zuge der Wiedervereinigung große finanzielle Lasten auf die öffentlichen Haushalte zukamen (LSG Brandenburg, a. a. O.). Dabei verkennt die Kammer nicht, dass die Minderung von Sozialleistungen im Beitrittsgebiet mit zunehmendem Zeitablauf immer bedenklicher wird. Im Hinblick auf die fortgesetzten Bemessungen, das dortige Lohnniveau an die Verhältnisse in den alten Bundesländern anzunähern, ist diese Regelung jedoch gegenwärtig von Verfassungs wegen noch hinnehmbar (vgl. Urteil des BSG vom 16. Dezember 2004, [B 9 VG 1/03 R](#)).

Aus diesen Gründen ist die Berechnung des DBA durch die Beklagte nicht zu beanstanden. Der Bescheid vom 24. Juni 1997 sowie die nachfolgenden Änderungsbescheide waren von Anfang an rechtmäßig.

Nach alledem war die Klage abzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 Abs. 1 SGG](#) und folgt der Entscheidung in der Hauptsache.

Die Sprungrevision war gemäß [Â§ 161 Abs. 1](#) und 2, [160 Abs. 2 Nr. 2 SGG](#) zuzulassen, weil das Urteil von der Entscheidung des BSG vom 23. September 2003, [B 4 RA 54/02 R](#), abweicht und auf dieser Abweichung beruht.

Erstellt am: 24.01.2005

Zuletzt verändert am: 23.12.2024